



Tagesordnung I Punkt 7 der öffentlichen Sitzung am 07. März 2012

Vorlagen-Nr. 12-F-37-0001

Platzangebot in den Werkstätten für Behinderte - Antrag der Fraktion LINKE&PIRATEN vom 29.2.2012 -

Praktika sind für Schüler_innen der Förderschulen ein besonderes Ereignis und wichtiger Schritt zum Erwachsen werden sowie zur Berufsfindung.

Bei dem für Wiesbaden zuständigen Werkstättenträger gibt es für das Jahr 2012 ein Praktikumsstopp in den Tagesförderstätten (TGF) wegen mangelnder Kapazitäten, bei den Werkstattplätzen sowie Tagesförderstättenplätzen gibt es von Jahr zu Jahr nur kurzzeitige Lösungen statt einem langfristig angelegten Konzept. Dabei gibt es realistische Schätzungen über den Platzbedarf zunächst bis zum Jahr 2020.

Für die Schüler_innen gibt es einen Rechtsanspruch auf einen Platz nach dem SGB IX. Danach ist der örtliche Träger (Agentur für Arbeit) verpflichtet, den Betroffenen ein individuelles Angebot zu machen.

Menschen mit schwerer geistiger und/oder mehrfacher Behinderung haben einen Anspruch auf einen "arbeitnehmerähnlichen Status" (sie fallen in den Geltungsbereich des §136 Abs. 3 SGB IX) sowie die damit verbundenen Sozialversicherungsleistungen. Kostenträger für diesen Personenkreis ist der Landeswohlfahrtsverband (LWV).

Der Ausschuss möge beschließen:

Der Magistrat möge berichten:

- a. Wie stellt sich die Situation in der Landeshauptstadt Wiesbaden bezüglich der Werkstätten für Behinderte (WfB) derzeit dar?
- b. Welche Möglichkeiten sieht der Magistrat, die fehlenden 10 Praktikumsplätze in den Tagesförderstätten im Jahr 2012 zu kompensieren?
- c. Welche Möglichkeiten sieht der Magistrat, generell in der Stadtverwaltung inklusive Angebote als Alternative zu den WfB zu schaffen?

Der Magistrat wird gebeten

- a. Gespräche mit dem Land Hessen und dem Landeswohlfahrtsverband zu führen und darauf hinzuwirken, dass ein langfristiges Konzept zum Ausbau der Werkstätten, insbesondere im Hinblick auf die Tagesförderstättenplätze, erarbeitet wird;
- b. Gespräche mit dem örtlichen Träger (Agentur für Arbeit) zu führen und darauf hinzuwirken, dass den Betroffenen ein individuelles Angebot außerhalb von Tagesstätten gemacht wird.

Beschluss Nr. 0039

Der Antrag wird abgelehnt.

Herrn Stadtverordnetenvorsteher
mit der Bitte um Kenntnisnahme
und weitere Veranlassung

Wiesbaden, .03.2012

Manjura
stellv. Vorsitzender

Der Stadtverordnetenvorsteher

Wiesbaden, .03.2012

Dem Magistrat
mit der Bitte um Kenntnisnahme
und weitere Veranlassung

Nickel
Stadtverordnetenvorsteher

Der Magistrat
- 16 -

Wiesbaden, .03.2012

Dezernat VI
mit der Bitte um Kenntnisnahme

Dr. Müller
Oberbürgermeister